

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, luchs@schatten-kabinett.ch

- Mitglied «Die Mitte» (www.die-mitte.ch)
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor www.schatten-kabinett.ch
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer www.acad.jobs : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf www.schatten-kabinett.ch sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Buchbesprechungen ersetzen nicht die Lektüre des Originals. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

46. Economic Conference der Progress Foundation vom 9. April 2018 zu Freier Personenverkehr – Ausdruck der Freiheit?

Organisation: www.progress-foundation.ch

Vorträge: www.progress-foundation.ch/de/economic_conference/54

«Nach der Einführung durch Dr. Gerhard Schwarz, machte Madeleine Sumption anhand der britischen Erfahrung deutlich, wie schwierig es ist, Kriterien für eine sinnvolle Zuwanderung aufzustellen. Reiner Eichenberger wies auf die Inkonsistenzen zwischen der Offenheit gegenüber europäischer und der Geschlossenheit gegenüber aussereuropäischer Zuwanderung hin und plädierte für eine Art "Kurtaxe" für Migranten.»

Auszüge aus Dokumenten von www.progress-foundation.ch/de/economic_conference/54 :

Gerhard Schwarz:

Seite 2: «Gibt es neben dem unbestreitbaren Menschenrecht auf freie **Auswanderung** so etwas wie ein unverbrüchliches Recht auf freie **Zuwanderung**? Gemeint ist nicht die temporäre Aufnahme von unmittelbar an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen – sie sollte im Rahmen des Möglichen eine humanitäre Selbstverständlichkeit sein. Gemeint ist vielmehr die dauerhafte Immigration: **Die EU hat uns hier mit den vier Freiheiten, dem politischen Dogma, der freie Personenverkehr stehe auf der gleichen Stufe wie die Freiheiten des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs und sei mit ihnen untrennbar verbunden, intellektuell in die Irre geführt.** Immerhin hält sich auch die EU an ihr eigenes Dogma nur innerhalb ihres Integrationsraumes.»

Seite 2/3: «Daraus ergibt sich die zweite Frage, wie denn diese kontrollierte Offenheit am besten, am freiheitsverträglichsten, zu organisieren sei. ... Die unvollständige Liste reicht von Prüfungen, allgemeinen oder solchen der Sprachkenntnisse, über Punktesysteme, geografische Zuteilungen, first-come, first-serve, Berufskontingente, Einwanderungen in den Arbeitsmarkt, Familiennachzug, explizite oder faktische Eintrittspreise bis zu Verlosungen. **Liberalen sind Preislösungen und allenfalls Verlosungen am sympathischsten.**»

Seite 3: «Natürlich muss man auch die Frage nach dem Nutzen stellen, obwohl sie an der Antwort auf die normative Frage, ob es ein Recht auf freie Zuwanderung oder im Gegenteil ein Recht auf Kontrolle, ja Abwehr von Zuwanderung gibt, nichts ändert. **Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Migranten profitieren, sonst würden sie kaum ihr Ursprungsland verlassen.** Unbestreitbar ist auch, dass gerade ein Land wie die Schweiz insgesamt von der kontrollierten Offenheit ausserordentlich profitiert, nicht nur wirtschaftlich,

sondern auch wissenschaftlich und kulturell. Einiges spricht auch dafür, dass zumal über die lange Frist alle Ansässigen von der Offenheit profitieren. **Aber klar ist auch, dass die Vorteile kaum personell und geografisch gleichmässig verteilt sind und dass es auch Verlierer der Zuwanderung gibt. Jeder politische Umgang mit der Migration muss diese Tatsache berücksichtigen.»**

Madeleine Sumption:

«Why is immigration such a difficult policy area? First, as with any area of public policy, **governments face technical challenges developing policies that achieve the desired results. Modern societies have high expectations about the capacity of their governments to solve complex economic and social problems, and government is often unable to meet them.** ... A key technical challenge in the case of immigration is to **translate the broad ‘vision’ of what policy should do into clear eligibility criteria.** For example, the vision might be ‘admitting the best and the brightest’ people considered most likely to bring significant economic benefits. But this aspiration needs to be translated into simplistic, **‘yes or no’ criteria that enable an immigration officer** with limited knowledge of the applicant’s actual area of work to make a transparent decision. A niche but interesting example is policy towards foreign investors. Policies to admit high net worth individuals in return for an investment have become widespread in recent years. However, it has been rather **difficult for governments to define exactly what an ‘investor’ is**, for the purposes of immigration policy. Political rhetoric typically describes migrant investors as shrewd financial minds, people who will be actively involved in the country’s business life. Programme criteria, however, tend to define an investor as someone who makes an investment – in an approved scheme such as real estate, private business or a dedicated government fund. If someone makes an investment, does this mean that they fit the ‘vision’ policymakers have in mind?»

Reiner Eichenberger:

Der Vortrag «Reiner Eichenberger: Personenfreizügigkeit: Probleme, Denkfallen und Lösungen» sollte selber durchgearbeitet werden – Auszüge machen keinen Sinn.

Zum Dokument «Reiner Eichenberger: Freier Personenverkehr mit Zuwandererabgaben»:

Seite 2: «Der freie Personenverkehr – dass Menschen frei und ohne bürokratische Behinderung über Landesgrenzen wandern können – **bringt einen grossartigen Freiheitseffekt. Zugleich aber schafft die Personenfreizügigkeit in ihrer heutigen Form asymmetrische Wanderungsströme in die für Zuwanderer besonders attraktiven Länder, was dort den Ruf nach Einschränkung des freien Personenverkehrs durch Kontingente, Schutzklauseln oder Inländervorrang lauter und erfolgreich werden lässt. Zu diesen kostspieligen bürokratischen Freiheitsbeschränkungen gibt es eine bessere freiheitliche Alternative: der freie Personenverkehr mit Zuwanderungsabgaben.»**

Seite 2: «**Die Immigration in die Schweiz aufgrund der Personenfreizügigkeit wird von vielen als allgemeiner Wohlstandstreiber gepriesen. Sie argumentieren, Personenfreizügigkeit wirke analog und so positiv wie Freihandel. Das ist falsch.»**

Seite 3: «**Personenfreizügigkeit wirkt nicht nur über das Bevölkerungswachstum negativ. Viele Politiker und Manager meinen, sie lindere den Fachkräftemangel. Das steht aber im Widerspruch zum theoretisch und empirisch gestützten Argument, dass**

die hohe Zuwanderung bisher keinen allgemeinen Lohndruck brachte. Letzteres kann nur zutreffen, wenn die Zahl der Arbeitsplätze im Gleichschritt mit der Zahl der Arbeitskräfte wächst. Doch bei gleichgewichtigem Wachstum von Arbeitsplätzen und Arbeitskräften muss auch der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften unverändert bleiben. Entsprechend besteht der Fachkräftemangel in der Schweiz nach einem Jahrzehnt sehr hoher Zuwanderung unverändert fort.»

Seite 5-6: **«Zuwanderungsabgaben sind Kontingenten aus zwölf Gründen weit überlegen:**

1. Der grosse Freiheitseffekt der Personenfreizügigkeit – dass Menschen frei und ohne bürokratische Behinderungen an dem von ihnen bevorzugten Ort ziehen können – bliebe mit einer Zuwanderungsabgabe erhalten.
2. Mit Abgaben kann die Zuwanderung und Besetzung offener Stellen frei, sofort und ohne bürokratische Hürden erfolgen.
3. Mit Abgaben wandern automatisch diejenigen zu, die davon besonders grosse Vorteile haben oder ihren Arbeitgebern besonders viel nützen.
4. Die Zuwanderung würde gesenkt und damit die Nachteile des von asymmetrischen Wanderungsströmen verursachten Bevölkerungswachstums gemindert.
5. Abgaben können auch gut auf Kurzaufenthalter und Grenzgänger angewendet werden, für die spezielle Tagessätze gelten können.
6. Abgaben bringen dem Staat im Gegensatz zu den mengenorientierten Steuerungsmassnahmen keine Kosten, sondern Einnahmen.
7. Die Einnahmen können zugunsten der bisherigen Einwohner verwendet werden. Insbesondere können damit andere verzerrende Steuern und Abgaben gesenkt werden. Das gibt den bisherigen Einwohnern sogar Anreize, für Offenheit einzutreten.
8. Abgaben behandeln alle Zuwanderungswilligen gleich und sind damit fairer als Kontingente. Letztere legen eine Grenze fest, bis zu der Zuwanderung frei erlaubt, darüber hinaus aber verboten ist. Das ist äquivalent zu einer extrem diskriminierenden Abgabe, die für die einen Null, für die anderen aber prohibitiv hoch ist.
9. Es ist einfacher, Abgaben als Kontingente in angemessener Höhe festzulegen. Für Kontingente müssen die Kosten der Zuwanderung und die Nachfrage der Wirtschaft nach Zuwanderern bekannt sein. Für Abgaben reicht es, die Kosten der Zuwanderung einigermassen abschätzen zu können.
10. Abgaben sind föderalístauglich. Es braucht keine zentrale Zuteilung der Zuwanderer auf Unternehmungen oder Kantone. Zudem könnten Abgaben auch kantonal differenziert werden, wenn Überfüllungseffekte in bestimmten Kantonen besonders hoch sind.
11. Die Zuwanderer würden durch kantonal differenzierte Zuwanderungsabgaben dorthin gelenkt, wo die Überfüllungs- und Umverteilungseffekte klein sind.
12. Abgaben sind EU-kompatibler als Kontingente. Der freie Personenverkehr ohne bürokratische und zeitraubende Wanderungshemmnisse bleibt erhalten. Die Überlegenheit von Preis- gegenüber Mengensteuerung bildet schon die Grundlage der EU-Aussenhandelspolitik. Aus ähnlichem Grund entwickelt die EU auch ihre Umweltpolitik von nicht-tarifären Massnahmen (etwa Emissionsvorschriften) hin zu tarifären Massnahmen (Umweltabgaben). Schweizer Zuwanderungsabgaben statt Kontingente würden konzeptionell perfekt in diese Entwicklung passen. ...»

Seite 6 bis 7 folgen wichtige Details zur Ausgestaltung.

Seite 10: «Zu betonen bleibt, dass die Schweiz heute völlig frei wäre, das von uns vorgeschlagene Modell wenigstens auf ausgewählte Drittstaaten anzuwenden. Schliesslich könnte es auch von der EU zur Lösung ihrer eigenen Wanderungsprobleme übernommen werden. Denn **Zuwanderungsabgaben bringen keine Abschottung. Vielmehr dienen sie der Rettung des freien Personenverkehrs**, und sie geben Volk und Regierung beste Anreize für eine möglichst attraktive und offene Schweiz einzustehen.»